

SCHULDENREPORT 2024

Auf einen Blick

Gegenüber den Corona-Krisenjahren hat sich die Verschuldungssituation für einige Länder des Globalen Südens etwas verbessert. Für den Großteil der Länder bleibt die Verschuldungssituation jedoch angespannt.

Verschuldung weltweit: 130 von 152 untersuchten Staaten im Globalen Süden weisen eine mindestens leicht kritische Verschuldungssituation auf, 24 dieser Staaten sind sehr kritisch verschuldet. Insgesamt sind 55 Prozent der untersuchten Länder kritisch oder sehr kritisch verschuldet – vor der Pandemie waren es lediglich 37 Prozent.

- **Negativrekord:** Staaten des Globalen Südens müssen 2024 so viel Schuldendienst wie noch nie an ihre ausländischen Gläubiger leisten. In 45 Staaten fließen mehr als 15 Prozent der Staatseinnahmen in den ausländischen Schuldendienst.
- **Kein Geld für die Zukunft:** Durch den hohen Schuldendienst fehlen finanzielle Spielräume für Klimaschutz, Soziales und Zukunftsinvestitionen. Vor allem Länder mit sehr kritischer Schuldenituation sind gezwungen, ihre öffentlichen Ausgaben besonders spürbar zu kürzen.
- **Zu kurz gedacht:** Um Klimaschutz zu finanzieren, wird vor allem auf kurzfristige Liquiditätssteigerung gesetzt. Diese Maßnahmen vernachlässigen vielfach aber die langfristige Wiederherstellung einer tragfähigen Schuldenituation.
- **Private Gläubiger ziehen sich zurück:** Erstmals sind die Nettokreditflüsse von privaten Gläubigern an den gesamten Globalen Süden negativ. Multilaterale Gläubiger füllen die entstehenden Finanzierungslücken, machen durch ihren Sonderstatus aber die faire Lastenteilung bei Schuldenerleichterungen schwieriger.
- **Gläubigerinteressen dominieren:** Die ersten Umschuldungen überschuldeter Länder nach der Corona-Pandemie zeigen, dass Gläubiger so wenig Schuldenerlass wie möglich gewähren. Die langfristige Erholung der Länder wird dabei bewusst vernachlässigt.

Empfehlungen an die Bundesregierung

Um ihrem Bekenntnis im Koalitionsvertrag für ein Staateninsolvenzverfahren noch in dieser Legislaturperiode gerecht zu werden, muss die Bundesregierung jetzt politisch handeln. Die deutsche Entschuldungsbewegung hat dazu umfassende Reformvorschläge vorgelegt, die auf die Analysen des Schuldenreports zurückgreifen.

Die Bundesregierung sollte

- **dazu beitragen, dass sich alle – insbesondere auch private – Gläubiger verpflichtend an Schuldenerleichterungen beteiligen müssen.** Dazu sollte die Bundesregierung eigene gesetzgeberische Maßnahmen auf den Weg bringen und sich auch bei anderen Regierungen für eine entsprechende Gesetzgebung einsetzen.
- **Schritte zur Bewältigung der Klima- und der Schuldenkrise zusammendenken.** Die Bundesregierung sollte bei der COP29 in Aserbaidschan Schuldenerleichterungen als ein Mittel zur Stärkung der Klimafinanzierung proaktiv einbringen. Außerdem sollte sie Vorschläge von klimavulnerablen Staaten für einen besseren Zugang zu fairer Entschuldung aktiv politisch unterstützen.
- **endlich den politischen Grundstein für ein Staateninsolvenzverfahren legen.** Dazu sollte die Bundesregierung eine unabhängige und öffentlich zugängliche Evaluierung der bisherigen Schuldenrestrukturierungen auf Grundlage der UN-Prinzipien für ein Staateninsolvenzverfahren beauftragen. Deren Ergebnisse müssen konsequent in die deutschen Positionen einfließen, wenn bei internationalen Gipfeln wie dem UN-Zukunftsgipfel im September 2024 oder der Vierten Entwicklungsfinanzierungskonferenz 2025 Reformen der globalen Schuldenarchitektur diskutiert werden.

Bei allen politischen Maßnahmen muss die Bundesregierung die Gewährleistung und Sicherstellung der Menschenrechte in den Schuldnerländern zum Maßstab nehmen: Nicht die Profitinteressen der Gläubiger, sondern die Rechte und Bedürfnisse der Bevölkerung müssen endlich ins Zentrum politischer Entscheidungen rücken.